

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

No. 46. 9. Juni 1849

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Der

Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlags-Handlung angenommen.

Die Landtagswahlen.

Je unbestrittener es ist, daß Grundsätze erst in ihrer praktischen Anwendung ihren Werth beweisen und Segen oder Unsegen nach sich ziehen, um so wichtiger sind die Wahlen zum ersten Landtage. Denn auf diesem handelt es sich um die Durchführung der im Jahre 1848 zur Geltung gekommenen Grundsätze im Gebiete der Gesetzgebung. Vor allem handelt es sich um ein Gesetz, das so tief wie keines in's Leben eingreift — um die Gemeindeordnung. Die großen politischen Fragen und Kämpfe gehen über die Köpfe der größten Mehrzahl hinweg, ohne sie viel zu berühren; aber Gemeindeverhältnisse berühren jeden Einzelnen, der einer Gemeinde angehört, und müssen ihn berühren. Ob der künftige Kaiser ein absolutes oder suspensives Veto hat, ob die Reichskasse durch Matrilinearbeiträge oder durch Einnahme aus den Zöllen gefüllt wird, ist für die Meisten eine gleichgültige Sache; ob aber der Kirchspielsvogt künftig das Recht haben wird Pfänden zu lassen, Vergantungen bis zu 100 fl abzuhalten, oder nicht, wie viel Macht er haben wird um eine Domicilirung zu verhindern oder zu begünstigen, wie die Gemeindesteuern aufgebracht werden, ob die Wahlen zum Ausschuss ganz frei oder an einen Censur gebunden sind, dergleichen Bestimmungen sind von größtem Belange für jedes Gemeindeglied. Erst wenn das Gemeinwesen gut und zur allgemeinen Zufriedenheit eingerichtet ist, ruht der Staat auf einem sichern Boden; denn die Festigkeit und Dauerhaftigkeit eines Gebäudes hängt von dem Fundamente ab, auf dem es erbaut ist. Das mag trivial sein, es bleibt dennoch wahr, und es stände viel besser um die Welt, wenn die trivialen Wahrheiten mehr berücksichtigt würden.

Auf unsern Wahlmännern ruht deshalb eine große moralische Verantwortlichkeit. Es thut bei diesem Landtage vor Allem Noth Männer für ihn zu wählen, die außer einem redlichen Willen auch Sachkenntniß und Erfahrung besitzen. Phrasen und Redensarten von Löwenmuth und Kanonendonner sind überflüssig; man ist ihrer schon so gewohnt, daß sie keinen Eindruck mehr als den des Lächerlichen machen. Man verlangt dafür, praktische Vorschläge zu hören, Vorschläge, die aus einer Einsicht in das wirkliche Bedürfniß des Volkes, und nicht aus theoretischen Schwindeleien hervorgegangen sind. Man verlangt einen Fortschritt, aber kein Fortrennen, kein Zagen und Haschen nach einem Ziele, das in der Luft schwebt. Von der Haltung und dem Benehmen des diesjährigen Landtages hängt es wesentlich ab, ob das Volk seine Repräsentativ-Verfassung lieb gewinnt und schätzen lernt, oder ob es sich wieder nach dem alten Systeme zurücksehnen wird, das, wie man sich nicht verhehlen darf, noch immer viele Freunde zählt. Wie wenig das Volk sich noch selbst um seine eigenen Zustände bemüht, beweist die geringe Theilnahme bei der Wahl für einen Landtag, der die wichtigsten Lebensfragen entscheiden soll. Und diese geringe Theilnahme in einer Zeit, die so aufgereggt ist! Wenn dies am grünen Holze geschieht, was wird erst am dürren werden! Fast alle Wahlmänner sind aus Minoritätswahlen hervorgegangen, oft aus einer, Gott verzeihe es, imposanten Minorität! Die Verantwortlichkeit der Wahlmänner wird nur um desto größer. So wissen z. B. die 22 Wahlmänner der Landgemeinde Oldenburg, daß sie 21 Urwählern ihre Eigenschaft verdanken, sie sind aber in ihrem Gewissen verpflichtet, auch für die 500 übrigen Urwähler, die Gott weiß aus welchen Ursachen nicht

gewählt haben, eine Wahl zu treffen, wofern ihnen das Wohl Aller am Herzen liegt und nicht bloß das ihrer 21 Urwähler.

Was die andern Wahlkreise für ein Resultat geben werden, ist noch unbekannt; nach den Nachrichten, die man über die Wahlmännerversammlungen des Kreises Oldenburg vernimmt, und nach den Personen zu urtheilen, die größtentheils dieselben sind wie bei der Wahl zur Synode, scheint schon alles fertig zu sein und eine einschmeichelnde Redefertigkeit den Sieg zu gewinnen. Es wird vielleicht wieder der Fall sein, wie bei der Wahl zur Synode, daß die Wahlmänner der Stadt so gut wie gar nicht vorhanden sind, weil sie nach dem schlechten Wahlgesetze von der Majorität der übrigen Bezirke ganz erdrückt werden. Eine Petition um Aenderung des Wahlgesetzes, die Bezirkswahlen, nicht Kreiswahlen schafft, ist unumgänglich nothwendig; denn das jetzige Wahlgesetz giebt eine künstliche, keine natürliche Majorität.

Doch der Kreis Oldenburg hat 6 zu wählen; vielleicht daß aus Mangel an demokratischen Talenten auch einer oder der andere der Gegenpartei zum Vertreter gewählt wird; wenn nicht, so bleibt doch immer der Trost: Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Noch ein Wort über Rüders und v. Buttels Austritt aus der Nationalversammlung.

Wir können es begreifen, wenn auch nicht rechtfertigen, daß eine Partei im Eifer, in der Leidenschaft, so weit geht, ihren Gegnern politische Bildung und Ueberzeugung, ja selbst moralischen Werth abzusprechen. Wir können es uns erklären, wie in dem fortgesetzten Parteitkampf zuletzt Haß und Bitterkeit sich einschleichen und so auf eine beklagenswerthe Weise Personen und Sachen oft nicht gehörig auseinander gehalten werden. Wir können, wie gesagt, dies begreifen und zum Theil entschuldigen, so sehr wir es auch beklagen. Aber Ekel und Abscheu muß jeden Gebildeten ergreifen, wenn er sieht, wie eine gewisse Klasse von Menschen (sie findet sich in den höhern wie in den niedern Regionen), gerade an diesen traurigen Verirrungen des Parteitampfes ihre Lust findet, gerade an persönlichen Angriffen und Anfeindungen, am Scandale sich weidet und erquickt, wie der Frosch am Sumpfwasser. Es ist diesen Leuten nicht um die Sache zu thun; denn auf diese gehen sie weiter gar nicht ein, sie verhöhnen heute das, was sie morgen

loben und umgekehrt; — es ist auch nicht ihr Wig und Humor, welcher sie zu Zeiten das richtige Maß zu überschreiten verführt; es ist lediglich die Klatschsucht, welche sie besetzt und leitet, die gekränkte Eitelkeit, der Neid, daß es Menschen giebt, die einen bedeutendern Platz in der Welt einnehmen als sie selbst. Für solche kleinliche Seelen, die sich selbst nicht über das Gewöhnliche und Gemeine erheben können, liegt dann ein Trost darin, alles irgendwie durch Talent, Bildung, Stellung oder sonst Hervorragende wenigstens mit ihrem Geifer zu beschmutzen; und Hunderte von unverständigen und charakterlosen Leuten jubeln ihnen dann Beifall zu, reiben sich selbstvergnügli die Hände, wenn einmal ein öffentlicher Charakter in gemeiner, hämischer Weise verlästert worden ist, und rufen dann entzückt aus: „Der hat's einmal tüchtig gekriegt! Das geschieht ihm ganz recht, warum will er besser sein als wir!“ —

Rüder und v. Buttel haben zu wiederholten Malen die Gründe ihres Austrittes aus der Nationalversammlung gründlich auseinandergesetzt. — Man braucht darum nicht mit ihnen einverstanden zu sein; denn jeder Mensch hat seine besondern Ansichten in der Politik oder glaubt sie wenigstens zu haben. Man kann sogar den Schritt jener Herren für durchaus falsch und unberechtigt halten; — aber das ist doch die Pflicht jedes vernünftigen Politikers, daß er wenigstens seine eigne Ansicht motivire und auf die des Gegners Rücksicht nehme und sie widerlege, sei es auch mit Schärfe, ja selbst mit Bitterkeit. — Aber über die Sache selbst leicht weggehen und an Außerlichkeiten, an Persönlichkeiten sich anklammern, heißt scandalisiren und nicht politisiren. — Ist das eine Widerlegung zu nennen, wenn in № 44 des Beobachters ohne Weiteres gesagt wird: Rüder vertheidigte eine faule Sache, die sich mit allen Mitteln der Beredsamkeit nicht beschönigen läßt. In dem, was Rüder sagte, war viel Sophisterei; v. Finckh und v. Beaulieu (beide auf Rüders Seite), sprachen Unsinn. — Die gute Sache bedarf der vielen Worte nicht. — Herr Rüder suchte (vergebens) mit einem ungeheuern Aufwande von Redensarten diesen Austritt zu motiviren, zu rechtfertigen. —

Das ist das Einzige, was jener Artikel in Bezug auf die in der Versammlung verhandelten Gegenstände Sachliches vorbringt. Von der Sache selbst leitet er dann sogleich auf das beliebte Feld der persönlichen Scandale über. —

Bei der Erwähnung der Rede v. Finckh's (welche noch etwas leidlicher wegkommt, als die v. Beaulieu's, die ohne Weiteres Geschwätz heißt), wird uns sogleich eine Klatschgeschichte mitgetheilt, wie irgend ein beliebiger Jemand von Herrn Finckh gesagt habe, er sei reaktionär.

— Zum Beweis dafür, daß Rüder eine faule Sache vertheidigt, wird an das fast allgemeine lebhaftes Scharren und Zischen der Versammlung appellirt und dagegen behauptet, daß die Reden der Herren Wibel, Clausens und namentlich Böckels „mit großem Beifall entgegen genommen wurden.“ Wir können übrigens diese Darstellung der Sache nur für eine durchaus unrichtige erklären. Es war nur ein kleiner Theil der Versammlung, der durch solche äußere Zeichen des Mißfallens seine politische Bildung und Freisinnigkeit an den Tag zu legen suchte; und ebenfalls war es nur die Minorität, welche Hrn. Böckel lauten Beifall zuzuschreien. — Als nach ihm Rüder auftrat und jene Bravorufer daran erinnerte, wie leicht und wie gefährlich es sei, eine Volksversammlung zu lauten Bravo's, zu unüberlegtem, nachher sich oft überstürzendem, radikalem Enthusiasmus aufzureizen; — schwiegen wenigstens jene so lauten Herren ganz stille und ließen nachher bei dem weitem Verlaufe der Debatte nichts mehr von sich hören — ich glaube, sie schämten sich. —

Zum Schlusse wird nun noch die von hier aus an die Nationalversammlung kürzlich abgesandte Adresse erwähnt. Jene Adresse wurde bekanntlich schon am 17. Mai in der Oldenburgischen Volksversammlung beschlossen, also bereits 14 Tage vor dem Austritte Rüders; diese 14 Tage bilden aber in der Geschichte der Nationalversammlung einen sehr langen, wichtigen Zeitabschnitt, in welchem der Stand der Dinge sich wesentlich geändert hat; in solchen Zeiten des Umschwunges, wie die unsrigen sind, sollte man billig bei der Beurtheilung von Thatsachen (wenn es einem überhaupt um die Sache zu thun ist), Zeit und Stunde ganz genau berücksichtigen und sich nicht mit einem unbestimmten, zweideutigen „kürzlich“ begnügen. Am 17. Mai, wo man hier in Oldenburg nur wußte, daß einzelne Vertreter in Frankfurt ihre Plätze verlassen hatten, nicht aus politischen Gründen, sondern, wie es schien, lediglich aus Privatrückichten; — am 17. Mai, wo wir hier über die Stellung der Parteien in der Nationalversammlung zu einander, wie die der letztern zur Centralgewalt und zu Deutschland überhaupt, noch gar keine klare Ansicht haben konnten, nach dem damaligen Stande der Dinge, oder vielmehr nach unserer möglichen Ansicht von demselben, waren wir allerdings im Rechte zu behaupten: Wer jetzt seinen Platz in der Nationalversammlung verläßt, der trägt die Last der Schande, das Vaterland verrathen zu haben. — Wie mag aber nun der Beobachter fragen: Werden Rüder und von Buttler jene schwere Beschuldigung auf sich sitzen lassen oder darauf dringen, daß man sie öffentlich widerrufe? — Es ist bereits in der vorigen Nummer dieses Blattes erwähnt worden,

daß jene Herren durch diese Adresse gar nicht getroffen worden: sie sind erst nach dem 26. Mai ausgetreten, sie sind noch geblieben, nachdem bei weitem der größte Theil ihrer Partei von ihnen geschieden war: ihr Austritt ist lediglich ein politischer Act. Aber der Beobachter sieht über die Motive einer Handlung so ganz weg, daß in seinen Augen der feige oder verrätherische heimliche Austritt Einzelner (und den hatte jene Adresse allein im Sinne), für eben so berechtigt gilt, als der Austritt einer politischen Partei, die nach gewissenhafter Prüfung, nach reiflicher Ueberlegung, offen ausscheidet, weil sie diesen Schritt für das Wohl des Vaterlandes nothwendig erachtet. Ob sie darin geirrt habe, ist eine andere Frage, die wir hier nicht weiter behandeln wollen, da sie bereits hinreichend besprochen ist, und, wie uns scheint, durchaus zu Gunsten unserer Abgeordneten beantwortet werden muß. — Wenn gleich der Beobachter anderer Ansicht bleibt und auch unsern Abgeordneten ihren Austritt zum Verbrechen anrechnet; — so möge er doch wenigstens in's Künftige bedenken, daß man von jeher einen Unterschied zwischen einem politischen und gemeinen Verbrechen anzunehmen pflegte. — Freilich werden dann die persönlichen Angriffe weniger piquant, wenn man Jemand nur einen politischen Irrthum oder einen politischen Fehlgriß vorwerfen kann; dann kann man nicht mehr von Verrath am Vaterlande und ähnlichen Schandthaten reden; denn solche Handlungen setzen moralische Verderbenheit voraus.

Den ehrlichen politischen Gegner muß man, von seinem Standpunkte aus, als berechtigt anerkennen; wir dürfen ihn weder ohne Weiteres zurückweisen und mit Verachtung strafen, noch ihn verhöhnen und schmähen — oder müssen wenigstens ihm dasselbe Recht uns gegenüber einräumen. — Im ehrlichen politischen Kampfe gelten nur gleiche Waffen. Ganz anders stellt sich die Sache, wenn man einen Gegner vor sich hat, der bei seinen politischen Handlungen durch unreine Motive geleitet wird. Da hat man ein sehr leichtes Spiel. So wie man nachweisen kann, daß der Gegner aus Eigennutz, aus Furcht (Liebäugeln mit den Fürsten) u. gehandelt habe, — ist mit einem Male seine ganze politische Ehre in den Staub getreten und alle seine Handlungen werden verdächtig. Dem Scandalsüchtigen, der aber auf die Sache, auf Gründe, nicht eingehen mag, ist es daher am erwünschtesten, wo es irgend angeht, die Person und ihren moralischen Charakter zu verdächtigen, — allen Handlungen stets die schlechtesten Motive unterzulegen. Der urtheilslose große Haufe liebt, wie gesagt, den Scandal und er hat es gern, wenn die Sache selbst möglichst kurz mit wenigen Kraftworten abgemacht wird. — So sind wir auch überzeugt, daß der besprochene Ruffatz in № 44, wie der in № 45 des

Beobachters: „Wen wählen wir nach Frankfurt?“ in welchem die Wirklichkeit und die Parteilichkeit der Nationalversammlung mit einigen allgemeinen Phrasen geschildert wird, sehr Vielen weit mehr zusagen wird, als die gründlichen Auseinandersetzungen Rüders und v. Buttels. „An der Linken sitzt das Herz; die Staatskünstler, die Herren von der politischen Vernunft konnten oder wollten die Revolution nicht begreifen, haben das Volk durch Zögern, durch ihre halben Maßregeln, durch ihr Liebäugeln mit den Fürsten an den Rand des Verderbens geführt,“ — solche und ähnliche Machtsprüche sind in Folge der öftern Wiederholung den Meisten einmal geläufig geworden und sie können sie nachbeten, ohne daß sie weiter zu denken nöthig haben. — Kommt nun gar noch ein Wis, wie „concentrirte Niets,“ oder „die Herren von der Rechten verlassen die Paulskirche, gleich den Ratten, welche das von ihnen durchlöcherete und zum Sinken gebrachte Schiff kurz vor seinem Untergange instinktmäßig verlassen;“ — dann lacht man und freut sich über diese energische und gesinnungstüchtige Sprache und wird stolz — worauf? — auf seine politische Bildung!!

Donnerstag Abend um 7 Uhr ist die Königin von Griechenland hier eingetroffen und festlich empfangen worden. Die Straßen, durch welche sie fuhr, waren geschmackvoll mit Blumen, Guirlanden und Fahnen geschmückt, die Schützen, die Bürgerwehr, das Freicorps hatten sich aufgestellt, die Innungen, der Stadtrath waren ihr entgegen gegangen, eine große Menschenmasse war hinausgeströmt, in allen Fenstern Kopf an Kopf — doch wozu eine ausführliche Beschreibung? In andern Zeiten, als die unfeigen voll Sturm und Drang, mochte man mit Behagen sich in einer weitläufigen Darstellung solcher Empfangsfeierlichkeiten ergehen, und alle Kräfte des Talentos zu einer reichen Schilderung aufbieten; jetzt mag es genügen zu bemerken, daß der Empfang der Königin, die nach langer Trennung in ihr Vaterhaus und ihre Vaterstadt zurückkehrte, um einige Zeit auf dem heimathlichen Boden zu verweilen, würdig und herzlich war und durch keinen Zwischenfall gestört oder getrübt. Möge der Aufenthalt bei uns der hohen Frau so recht von Herzen gefallen!

Aus amtlichen Berichten, deren letzte vom 2. Juni datirt sind, ergibt sich nichts Neues. Die Lage unserer Truppen ist nach wie vor dieselbe und der Gesundheitszustand bessert sich.

Demokratischer Verstand.

In der theoretischen Anarchie oder in der absoluten Freiheit der Debatten durch Vereine und Journale liegt die Wahrung des Rechts der Minderheit; wenn der Beschluß der Mehrheit zum Gesetz erhoben wird. Die Mehrheit kann daher keine Beschlüsse fassen, wodurch sie das Recht der Minderheit antastet. Theoretische Anarchie und theoretische Freiheit ist gleich. Von der theoretischen Freiheit wird aber die praktische geboren (folglich auch von der theoretischen Anarchie die praktische).

A. Ruge in seiner neuesten Broschüre: Die Gründung der Demokratie.

Napoleon sagte einmal zu Madame Staël: Sie haben die Revolution nicht gesehen! Ich, Madame, kenne sie, ich war bestimmt, in ihr eine Rolle zu spielen. Ich sah diese Zeit des Schreckens und des allgemeinen Elends. Die Planmacher zeichnen auf dem Papier Utopien, Undernünftige lesen diese Träumereien, man verbreitet sie, man glaubt daran. Das allgemeine Wohl ist in jedem Munde und doch hat das Volk kaum Brod, um seinen Hunger zu stillen. Alsdann empört es sich und wird niedergemetelt, das ist die Frucht aller dieser schönen Theorien.

Nach einer Zusammenstellung der Verhältnisse des Officier-Corps in der Preussischen Armee giebt es: Generale 17, Generallieutenants 57, Generalmajors 76, Obristen 126, Obristlieutenants 75, Majors 524, Hauptleute und Rittmeister 1033, Premier-Lieutenants 943, Seconde-Lieutenants 3346, zusammen 6197 Officiere.

Auf dem diesjährigen Pferdemarkte wurden ziemlich viele Pferde — aber wenig Luxusperde — zum Verkaufe ausboten, der Handel soll jedoch flau gewesen sein.

Kirchennachricht.

Vom 2 bis 8. Juni sind in der Oldenburger Gemeinde

1. Copulirt. 70) Friedrich Hermann von Thünen und Bertha Magdalena Friederike von Buttell, Oldenburg.
2. Getauft 165) Caroline Friederike Catharina Presuhn, Heil. Geistthor. 166) Anna Sophie Catharine Pibbler, Bleherfeld. 167) Margarethe Friederike Arens, Overßen. 168) Friedrich Christian Eduard Rullmann, Oldenburg. 169) Carlos Oscar Wilibald Sonnenwald, Oldenburg.
3. Beerdigt. 142) Hilbert Johann Eilers, Eghorn, 8 J. 6 M. 143) Ein todigeborner Sohn des Bernhard Heinrich Carl Hedemann, Adorf.

Gottesdienste in der Lambertikirche.

Sonntag, den 10. Juni:

- Berm. (Anf. 8 Uhr.) Herr Candidat Ramsauer.
 Berm. (Anf. 9½ Uhr.) Herr Hülfspred. Eckardt.
 Nachm. (Anf. 2 Uhr.) Herr Kirchenrath Clausen.

Der

Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

Die missliche Lage der kleinen Staaten.

Die Grenzboten sagen in einem längern Artikel über die Lage Deutschlands auch Folgendes:

Die verfassungstreuen Staaten befinden sich in einer höchst misslichen Lage. Die von ihnen anerkannte Centralgewalt hat jetzt offenbar eine Richtung genommen, welche der endlichen Durchführung der Reichsverfassung widerstrebt. Das Württembergische Ministerium hat daher der Kammer erklären müssen, daß es die Verordnungen desselben auch in Beziehung auf ihren materiellen Inhalt einer Prüfung unterwerfen und diejenigen, welche dem Sinne der Verfassung widerstreben, nicht vollziehen wird. Auf der andern Seite ist die Nationalversammlung nicht mehr von der Art die Nation wahrhaft zu repräsentiren. Endlich sind Baden und Pfalz, welche sich ihrer Angabe nach für die Reichsverfassung erhoben haben, ganz in den Händen des revolutionären Gesindels, und ein Bündniß mit denselben ist für jede Regierung unstatthaft, welche nicht geneigt ist alle Ordnung über den Haufen zu werfen.

Auf diese Weise wäre es möglich — wie auch Römer, dieser deutsche Mann in des Wortes edelster Bedeutung, angedeutet hat — daß die 28 Regierungen, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, sich dennoch dem preussischen Entwurf anschließen, weil sie weder einen demokratischen Rheinbund unter französischem Protectorat, noch die Wiedereinführung des Bundestages unter Oestreich haben wollen.

Wäre die Verfassung, wie sie jetzt vorliegt, aus einem Beschlusse der Nationalversammlung hervorgegangen und nicht ein Gnadengeschenk des Ministeriums Manteuffel,

das gewohnt ist, ähnliche Geschenke unter Umständen wieder zurückzunehmen, so ließe sich gegen den Inhalt derselben wenig Erhebliches einwenden. Sie ist in manchen Beziehungen besser, in manchen schlechter als die Frankfurter. Besser, denn sie hält den Charakter des Bundestages strenger fest, sie geht bestimmter von den fertigen Staaten aus; schlechter, denn ihr Verhältniß zu Großdeutschland ist unklar, oder um es bestimmter auszusprechen, lügenhaft. Ob diejenigen Bestimmungen, welche zur Beschränkung der Demokratie eingeführt sind, an und für sich besser oder schlechter sein mögen, kann dahingestellt bleiben; für den Augenblick sind sie jedenfalls schlechter, denn sie sind unpopulär und rufen eine principielle Opposition des Volkes hervor.

Wenn die Völker Deutschlands ebenso vernünftig wären, als ihre Regierungen es nicht gewesen sind, so würden sie die Anträge Preußens annehmen. Auf das abstracte Rechtsprincip kommt es nicht an in einem Augenblick, wo die größte Gefahr für ein völliges Auseinanderfallen Deutschlands vorhanden ist; und wenn das Volk verdienen will politisch reif zu sein, so bietet auch diese Verfassung ihm hinlänglich Gelegenheit, sich die volle Freiheit zu erkämpfen. Der Versuch um Stuttgart herum einen deutschen Bundesstaat zu krystallisiren muß zum Schlimmsten führen, zum Abfall eines Theils von Deutschland an Frankreich. Zudem ist die Verfassung die angemessenste Form, mit denen, welche bisher der Einheit Deutschlands aus blindem Eigendünkel oder Befangenheit in verrotteten Vorurtheilen widerstrebt haben, zu Gericht zu gehen.

So weit die Grenzboten.

Was sollen nun die kleinen Staaten thun? Daß jeder derselben eine selbstständige Politik befolgen soll,